

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 5/2010
(05. - 12.02.2010)

I. Thema der Woche

Parlament stimmt Barroso-II-Kommission und inter-institutionellen Schlüsselprinzipien zu 2

II. Aus der Kommission

- | | |
|---|---|
| 1. Erste Konsultationsergebnisse zur zukünftigen EU 2020-Strategie veröffentlicht | 3 |
| 2. Konferenz zu 20 Jahren Gemeinschaftsunterstützung für städtische Entwicklung | 5 |
-

III. EU-Depeschen 6

- EU-Beihilferecht – Klage gegen Belgien wegen Nichtumsetzung der Transparenzrichtlinie
 - Zwischenstand zur Anwendung der EU-Breitbandbeihilfe-Leitlinien – Sachsen ist Musterbeispiel
 - Düsseldorfer Student gewinnt Wettbewerb um EU-Bio-Logo
 - Teamorientierter Poster-Wettbewerb „Zeichne mir ein Recht“
 - Fünf Jahre Online-Schulpartnerschaften eTwinning
 - Konsultation bezüglich Zugangsvorschriften zu Umweltzonen in Innenstädten
-

I. Thema der Woche

Parlament stimmt Barroso-II-Kommission und inter-institutionellen Schlüsselprinzipien zu

Nach Beendigung des langwierigen institutionellen Reformprozesses Europas mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags zum 1. Dezember letzten Jahres (vgl. *Brüssel Aktuell* 43/2009) sind mit der parlamentarischen Abstimmung über die Barroso-II-Kommission am 9. Februar während der Straßburger Plenarwoche nunmehr auch die wichtigsten Personalfragen der nächsten Zeit auf europäischer Ebene geklärt. Damit kann sich die EU fortan wieder den drängenden inhaltlichen Herausforderungen widmen!

Kritische Zwischentöne trotz klarer Mehrheit für Barroso-II-Kommission

Trotz des grundsätzlich klaren Ergebnisses von 488 Ja- bei 137 Neinstimmen und 72 Enthaltungen gab es jedoch auch einige kritische Zwischentöne. Diese stammten u. a. vom Fraktionsvorsitzenden der Grünen/Freie Europäische Allianz, Daniel Cohn-Bendit (FR), der in seiner Rede deutlich machte, dass bei seiner Fraktion die vorgeschlagene Zusammensetzung des Kollegiums auf keine Zustimmung stoße. Unterstützung dürfe die Kommission jedoch auf all jenen Feldern erwarten, auf denen sie das „Europäische Projekt“ - auch gegen den möglichen Widerstand der Mitgliedstaaten - tatsächlich voranbringen möchte. Auf die Notwendigkeit eines künftig sozialeren Gesichts Europas verwies Martin Schulz (DE) in seiner Rolle als Fraktionsvorsitzender der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, da ansonsten Europa scheitern werde. Zudem müsse die Kommission als Kollegialorgan handeln und nicht als Präsidialsystem geführt werden. In die gleiche Richtung argumentierte auch Barrosos Parteikollege Joseph Daul (FR) in seiner Rolle als Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), der auf die Bedeutung einer starken Partnerschaft zwischen Parlament und Kommission verwies, in dem nominierten Kollegium dafür aber erwartungsgemäß gute Ansätze sehe.

Barroso setzt auf soziale Dimension Europas und betont partnerschaftliche Beziehungen zu Abgeordneten

Insbesondere die notwendige soziale Dimension eines künftigen Europas griff Barroso bereits in der Eingangsvorstellung seines Teams und seiner zukünftigen Arbeitsschwerpunkte auf. Die Kernthemen würden sich maßgeblich an den von ihm bereits im September vorgestellten politischen Leitlinien (vgl. *Brüssel Aktuell* 29/2009) orientieren. Hiernach stünden eine erfolgreiche Überwindung der Krise, eine globale Führungsrolle beim Klimaschutz und der Energieeffizienz sowie die Stärkung neuer Wachstumsquellen und der sozialen Kohäsion im Mittelpunkt seines künftigen Wirkens. So gab sich Barroso als Verteidiger einer ambitionierten Europäischen Sozialpolitik, indem er sich in seinen Ausführungen vom reinen Marktdenken explizit distanzierte. Im Hinblick auf gute inter-institutionelle Beziehungen für seine zweite Amtszeit verwies Barroso zudem auf die zu Gunsten des Parlaments verbesserten Schlüsselprinzipien in der bilateralen Rahmenvereinbarung, die sich in den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen beiden Organen abzeichneten.

Schlüsselprinzipien der neuen inter-institutionellen Rahmenvereinbarung stärken Europäisches Parlament

Diese Schlüsselprinzipien wurden in der Sitzung sodann auch durch die Parlamentarier angenommen. Auf der Parlamentsseite unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0009+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> findet sich der (vorläufige) angenommene Text hierzu. Vorgesehen ist fortan u. a. eine Gleichbehandlung zwischen Rat und Parlament durch die Kommission hinsichtlich des Zugangs zu Sitzungen und Dokumenten. Weiterhin sollen verstärkt Fragestunden mit den Kommissionsmitgliedern während der Plenarsitzungen durchgeführt werden. Darüber hinaus verpflichtet sich die Kommission nach der Annahme eines legislativen Initiativberichts durch das Parlament künftig binnen drei Monaten über die konkrete Weiterbehandlung zu berichten und spätestens nach einem Jahr einen Gesetzesvorschlag vorzulegen oder gegenüber dem Parlament ihre diesbezüglichen Ablehnungsgründe im Einzelnen darzulegen. Erarbeitet wurden die Schlüsselprinzipien in mehreren bilateralen Verhandlungssitzungen zwischen Parlament und Kommission im Jahreswechsel 2009/2010. Die zweite Phase der Verhandlungen beginnt nun mit dem jetzt erfolgten Amtsantritt der neuen Kommission zum 10. Februar und soll bis Mai/Juni 2010 zu einer ehrgeizigen neuen Rahmenvereinbarung führen, die dann vom Plenum verabschiedet werden muss. Das reguläre Mandat der neuen Kommission selbst endet am 31. Oktober 2014. (Do)

II. Aus der Kommission

Erste Konsultationsergebnisse zur zukünftigen EU 2020-Strategie veröffentlicht

Mit Datum vom 2. Februar veröffentlichte die EU-Kommission ein Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „Europa 2020 – Konsultation der Öffentlichkeit; Erster Überblick über die Ergebnisse“ (vgl. zuletzt *Brüssel Aktuell* 41/2009). Das Konsultationsverfahren endete offiziell zwar am 15. Januar, doch gehen ausweislich der Angaben der Kommission bis dato noch immer Stellungnahmen bei der Kommission ein. Unter den etwa 1.500 Beiträgen der Mitgliedstaaten, europäischen Organe, Einrichtungen sowie u. a. Interessenvertretungen aus der Wirtschaft, den Gewerkschaften und dem Sozialbereich befinden sich rund 120 Stellungnahmen regionaler oder kommunaler Gebietskörperschaften aus nahezu zwei Dritteln der Mitgliedstaaten. Interessant ist überdies, dass die öffentliche Konsultation auch Drittländer, wie beispielsweise Japan, und nicht zuletzt internationale Organisationen, wie den Internationalen Währungsfonds und die Vereinten Nationen, zu Beiträgen mobilisiert hat. Zeitgleich veröffentlichte die EU-Kommission ein Arbeitsdokument mit dem Titel „Bewertung der Lissabon-Strategie“.

Wegen der Vielzahl an eingegangenen Stellungnahmen trägt die Kommission vor, dass sie noch nicht alle habe auswerten können. Mit dem vorliegenden Arbeitsdokument möchte sie jedoch im Hinblick auf den informellen Europäischen Rat am 11. Februar einen ersten Überblick über die sich abzeichnenden Tendenzen geben.

„Vollständige Partnerschaft unter Gleichen“ von regionaler und kommunaler Ebene gefordert

Die von kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften abgegebenen Beiträge stimmen nach Angaben der Kommission den im Konsultationspapier vorgeschlagenen Zielen und Koordinierungsmechanismen zu. Allerdings würde sich – wie die Kommission bemerkt – die Forderung nach einer stärkeren Rolle der Gebietskörperschaften in der Strategie wie ein roter Faden durch sämtliche Beiträge ziehen. Ein solches Ergebnis ist jedoch nicht verwunderlich, ruft man sich das Konsultationsdokument in Erinnerung, in welchem die kommunalen Gebietskörperschaften keine ausdrückliche Erwähnung finden. So fordern die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften zu Recht die Gewährleistung einer „vollständigen Partnerschaft unter Gleichen“ auf allen Verantwortungsebenen. Ebenso plädieren sie für eine engere Abstimmung der EU 2020-Strategie mit der Kohäsionspolitik – auch diesbezüglich hatte das der Befragung zugrundeliegende Kommissionsdokument keine Verknüpfung hergestellt. Überdies würden nicht wenige Regionen und Kommunen betonen, dass sie aufgrund beträchtlicher Kompetenzen in Schlüsselbereichen und Ressourcen zum Erfolg der Reformen vor Ort einen erheblichen Beitrag leisten könnten. Namentlich seien u. a. die Bildungs- und Innovationspolitik, die Infrastruktur, der Arbeitsmarkt, die gesellschaftliche Integration, die Rahmenbedingungen für Unternehmen und nicht zuletzt öffentliche Dienstleistungen und die IKT-Politik genannt.

Auch die Mitgliedstaaten fordern u. a. eine bessere Verknüpfung mit anderen Strategien und Politiken

Nach vorläufiger Bewertung durch die Kommission scheinen die Mitgliedstaaten den vorgeschlagenen thematischen Prioritäten (wissensbasiertes Wachstum, integrative Gesellschaften und eine ökologischere und wettbewerbsfähigere Wirtschaft) generell zuzustimmen. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosenzahlen seien allerdings nicht wenige Mitgliedstaaten der Ansicht, dass der Schwerpunkt der Nachfolgestrategie der erneuerten Lissabon-Strategie auf „(intelligenten Konzepten für) Wachstum und Beschäftigung“ liegen solle. Die Hälfte der Mitgliedstaaten würde eine starke Verknüpfung der wirtschaftlichen, umweltpolitischen und sozialen Aspekte unterstützen, wobei oftmals der Ruf nach einer Stärkung der sozialen Dimension zu vernehmen sei. Ebenso wie von regionaler und kommunaler Seite gefordert, verlangen die Mitgliedstaaten – ausweislich der ersten Kommissionsauswertung – eine stärkere Verwebung einer EU 2020-Strategie mit anderen Strategien, wie beispielsweise der für nachhaltige Entwicklung, der Sozialagenda, der Strategie zu Energie und Klimawandel und der Kohäsionspolitik. Etliche Mitgliedstaaten möchten zudem, dass die nach ihrer Auffassung u. a. wichtige Rolle der Industrie, der Beitrag der Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) zu Wachstum und Beschäftigung sowie der Binnenmarkt und die Gewährleistung finanzieller und makroökonomischer Stabilität mehr Niederschlag in einer künftigen Strategie finden solle. Die Hauptverantwortlichkeit für die Lenkung der neuen Strategie sähen die Mitgliedstaaten nach wie vor beim Europäischen Rat.

Stellungnahmen europäischer politischer Parteien, Sozialpartner, Wirtschaft und Bürger

Eine zentrale Rolle des Europäischen Rates bei der Durchführung einer Strategie sehen einige europäische politische Parteien ausweislich der Angaben im Kommissionsarbeitspapier nicht. Die ALDE möchte beispielsweise der Kommission eine stärkere Rolle zukommen lassen. Die S&D fordert in ihrer Stellungnahme eine engere Einbindung der Fachräte und des Europäischen Parlaments. Überdies schlägt sie eine Zusammenfassung der Lissabon-Strategie, der Strategie für nachhaltige Entwicklung und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu einer einzigen Strategie vor. Die Sozialpartner würden allesamt bessere Bildung und Qualifizierung fordern. Die Stellungnahmen aus der Wirtschaft würden mehr Gewicht auf die „Schaffung von Wachstum und Wissen“ und einer „wettbewerbsfähigen, vernetzten und ökologischeren Wirtschaft“ legen. Aus den von einzelnen Bürgern eingegangenen Stellungnahmen zeichne sich eine Unterstützung der sozialen Dimension der Strategie ab. Sie würden für ein soziales Europa plädieren.

Nächste Schritte auf dem Weg zu einer EU-2020-Strategie

Für Mitte Februar 2010 plant die EU-Kommission die Veröffentlichung einer detaillierten Analyse der Konsultationsbeiträge. Ein Kommissionsvorschlag zu einer EU-2020-Strategie soll in Kürze folgen. Der Zeitplan ist eng. Schon auf dem Frühjahrsgipfel der EU-Staats- und Regierungschefs soll bereits über die komplette Strategie entschieden werden. Das Arbeitsdokument der Kommission ist unter http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/eu2020_public_consultation_preliminary_overview_of_responses_de.pdf abrufbar. Unter http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/eu2020/consultation_en.htm werden demnächst alle Antworten auf der Konsultationswebsite eingestellt.

Arbeitsdokument der EU-Kommission zur Bewertung der Lissabon-Strategie ebenfalls veröffentlicht

Neben dem vorgenannten ersten Überblick über Konsultationsergebnisse publizierte die Kommission ebenfalls mit Datum vom 2. Februar ein Arbeitsdokument mit dem Titel „Bewertung der Lissabon-Strategie“. Ziel des Papiers ist es, die Auswirkungen der Lissabon-Strategie zu bewerten, eine Bestandsaufnahme ihrer Erfolge vorzunehmen, aber auch die Bereiche zu ermitteln, in denen die Erwartungen nicht erfüllt wurden.

Die Kommission kommt u. a. zu dem Ergebnis, dass die Lissabon-Strategie trotz Verfehlens der Kernziele nicht als gänzlich gescheitert angesehen werden dürfe. So hätten beispielsweise im Zuge der Neubelebung der Strategie im Jahr 2005 sowohl die Reichweite der Strategie als auch ihre Ziele präzisiert werden können. So sieht die Kommission v. a. in der Festlegung der vier vorrangigen Handlungsfelder, nämlich Investitionen in Wissen und Innovation, Investition in Menschen und Modernisierung der Arbeitsmärkte sowie Freisetzen des Potentials von Unternehmen (v. a. KMU) einen bedeutenden Schritt. Nunmehr stünden diese Themen allorts ganz oben auf der politischen Agenda. Überdies habe auch eine sog. „Lissabonisierung“ der Strukturfonds dazu beigetragen, dass die EU-Mittel in beträchtlichem Umfang für wachstumsfördernde Investitionen bereitgestellt würden. Dies habe ferner zu einer Unterstützung von regionalen und lokalen Behörden geführt, denen die Kommission bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie eine wichtige Rolle zuschreibt.

Grundsätzlich positiv sei nach ihrer Auffassung auch das 2005 eingeführte partnerschaftliche Konzept, welches eine Zusammenarbeit und die Aufteilung von Zuständigkeiten zwischen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten positiv beeinflusst habe. Während einige Mitgliedstaaten – was von der Kommission begrüßt wird – regionale und lokale Behörden auf ihrer Seite in die Partnerschaft im Rahmen der Lissabon-Strategie mit einbezogen hätten, sei eine solche Einbindung in vielen Mitgliedstaaten weniger ausgeprägt gewesen. So seien sie – wenn überhaupt, so die Erkenntnis der Kommission – nur auf einer Ad-hoc-Basis beteiligt gewesen.

Die ausführliche Bewertung der Lissabon-Strategie durch die EU-Kommission kann nachgelesen werden unter: http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/lisbon_strategy_evaluation_de.pdf. (EC)

Konferenz zu 20 Jahren Gemeinschaftsunterstützung für städtische Entwicklung

Unter dem Titel „Beitrag von 20 Jahren Gemeinschaftsunterstützung zu städtischer Entwicklung“ lud die Europäische Kommission am 4. Februar zu einer Konferenz nach Brüssel ein. Neben dem Erfahrungsaustausch und der kritischen Auseinandersetzung mit den URBAN-Programmen und dem URBAN-Mainstreaming bot die Konferenz, zu der hochrangige Experten der Materie, unter ihnen u. a. die (ehemaligen) EU-Kommissare Monika Wulf-Matthies (D) und Pawel Samecki (PL), eingeladen waren, im Rahmen der bereits begonnenen Debatte Platz für Ausblicke in die Zukunft einer urbanen Dimension innerhalb einer zukünftigen EU-Kohäsionspolitik.

Sowohl amtierende als auch ehemalige Vertreter aus EU-Institutionen sowie der nationalen, regionalen und lokalen Ebene waren dem Ruf der Kommission gefolgt, um sich mit dem im Laufe der vergangenen 20 Jahre Erreichten kritisch auseinanderzusetzen. Allen Vertretern war gemeinsam, dass sie in dieser Zeit einen bedeutenden Beitrag zur städtischen Entwicklung in der EU, v. a. im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen URBAN I und URBAN II, geleistet hatten. Zur Erinnerung: Sowohl die erste URBAN-Initiative im Zeitraum von 1994-1999 als auch die zweite URBAN-Initiative von 2000-2006 legten den Akzent auf eine konzentrierte finanzielle Unterstützung ausgewählter Zielgebiete, die verstärkte Teilnahme von Bürgern und Interessengruppen auf lokaler Ebene sowie eine Verbesserung der „horizontalen“ Koordinierung von Stadt-sanierungsmaßnahmen. Die URBAN-Gemeinschaftsinitiative mündete schließlich in einem gemeinsamen „Acquis Urbain“ und einem „URBAN Mainstreaming“.

Rückblick auf glänzende Erfolge und gescheiterte Maßnahmen

Unter Leitung von Haroon Saad (Direktor „Quartiers en Crise“) ging es im ersten Teil der Konferenz darum, bis auf die Anfänge der EU-Stadtentwicklung vor 20 Jahren zu blicken und dabei sowohl positive als auch negative Aspekte vollendeter und laufender Maßnahmen zur Bewältigung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Probleme in städtischen Ballungsgebieten Europas zu benennen.

Als positiv bewertete Rudolf Niessler, Direktor in der GD Regio, die im Laufe dieses Prozesses entstandenen Meilensteine, wie die AUDIT-Datenbank (vgl. *Brüssel Aktuell* 20/2008), deren jährliche Erhebungen in mittlerweile über 350 Städten eine gute Basis für die Städtepolitik darstellen würden, sowie die Entstehung des Deutsch-Österreichischen Netzes. Die Einbeziehung der städtischen Dimension in den Strukturfondsregelungen sei grundsätzlich positiv verlaufen, wenngleich sich das sofortige „Mainstreaming“ für die neuen Mitgliedstaaten als schwierig erwiesen habe.

Resümee aus 20 Jahren städtischer Entwicklung und Zukunftsprognosen

Der zweite und dritte Konferenzteil zielte darauf ab, herauszuarbeiten, welche positiven Ansätze aus den letzten 20 Jahren für eine künftige nachhaltige Städtepolitik mitgenommen werden können und welche Elemente vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen wie Klimawandel, Wirtschaftskrise und sich ändernden Bevölkerungsstrukturen für die zukünftige Kohäsionspolitik einer Optimierung bedürfen. Elisabeth Helander (ehem. Direktorin in der GD Regio) konnte sich ein URBAN-Rahmenprogramm vorstellen, für welches jeder Mitgliedstaat – je nach seiner Größe – zwischen drei und zwölf an den europäischen Prioritäten orientierte Unterprogramme erstellen solle. Engelbert Lütke-Daldrup (ehem. Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) erinnerte daran, dass sich eine Fördermittelvergabe an die Städte im Wettbewerbsverfahren in der Vergangenheit bewährt habe und auch in Zukunft die Motivation schaffe und den Innovationsgedanken in den Städten fördern könne. Danuta Hübner, Vorsitzende des Regionalausschusses im Europäischen Parlament und ehem. Kommissarin für Regionalpolitik, forderte für ein erfolgreiches Mehrebenenregieren i. S. d. Lissabon-Vertrags eine Qualitätssteigerung der lokalen Verwaltungen. Jan Olbrycht (EVP, PL und Vorsitzender der URBAN-Intergroup im Europäischen Parlament) gab zu bedenken, ob man nicht eine europäische Stadtpolitik wolle, da Umwelt und soziale Fragen nicht nur städtische, sondern europaweite Probleme darstellten. Dr. Dirk Ahner, Generaldirektor der GD Regio, warf die Frage in den Raum, was man tun könne, um die Stadt/Umland-Partnerschaft zu fördern. Hier stehe man noch am Anfang eines Prozesses. Die spanische Ministerin für Wohnungswesen, Beatriz Corredor Sierra, erinnerte u. a. an die im Juni in Toledo (E) stattfindende Ministerialtagung, wo ein Referenzrahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung entwickelt werden soll.

Weitere Informationen zur Konferenz sind auf Englisch unter http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/urban_20years/index_en.htm erhältlich. (Pr/Ec)

III. EU-Depeschen

EU-Beihilferecht - Kommission will Belgien wegen Nichtumsetzung der Transparenzrichtlinie verklagen:

Die Europäische Kommission hat Ende Januar beschlossen, Belgien wegen Nichtumsetzung der Richtlinie 2005/81/EG über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen. Die Richtlinie, die einen Teil des sog. „Monti-Pakets“ (siehe *Brüssel Aktuell* 23/2005) darstellt, hätte bis zum 19. Dezember 2006 in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Sie legt fest, welche Unternehmen zur getrennten Buchführung verpflichtet sind. Dies gilt für Unternehmen, denen besondere oder ausschließliche Rechte verliehen wurden oder die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) erbringen und dafür Ausgleichszahlungen der öffentlichen Hand erhalten und die zusätzlich noch neben den Daseinsvorsorge-Tätigkeiten andere Aktivitäten im Wettbewerb zu privaten Marktteilnehmern ausüben. Die getrennte Buchführung ermöglicht es, die Kosten der DAWI auszuweisen und zu überprüfen, dass die Höhe der Ausgleichszahlungen korrekt ist. Belgien kam trotz mehrmaliger Aufforderung der Kommission der Meldung der vollständigen Umsetzung der Richtlinie nicht nach, so dass die EU-Kommission nun die dritte Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens, die Klage beim EuGH, eingeleitet hat. (AG)

Zwischenstand zur Anwendung der EU-Breitbandbeihilfe-Leitlinien – Sachsen ist Musterbeispiel: Am 8. Februar hat die EU-Kommission bekanntgegeben, dass seit der Veröffentlichung der Leitlinien der Gemeinschaft zur Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (vgl. *Brüssel Aktuell* 31/2009) eine Rekordsumme von 300 Mio. € genehmigt worden sei. Zu den kommunalrelevanten Beispielen aus Deutschland zählt zuvorderst eine Regelung aus Sachsen. Diese eröffnet dortigen Kommunen im ländlichen Raum die Möglichkeit, Breitbandanbietern ihre Leerrohre zur Verfügung zu stellen. Die Kommunen müssen dabei eine sog. „Multiple Fibre“-Architektur unterstützen, damit die Leerrohre von möglichst vielen Wettbewerbern genutzt werden und die Verbraucher vom zunehmenden Wettbewerb in diesen Gebieten profitieren können. Die Regelung sieht dabei öffentliche Zuschüsse für die Durchführung von Breitbandvorhaben vor, die auf 500.000 € je Vorhaben beschränkt sein müssen. Nach Auffassung der Kommission geht aus dem Beschluss klar hervor, dass es sich dann nicht um staatliche Beihilfen handele, wenn Breitbandbetreiber die Möglichkeit erhielten, im Zuge allgemeiner kommunaler Baumaßnahmen für andere Versorgungsnetze (z. B. Wasser, Strom) Leerrohre und passive Netzelemente auf eigene Kosten zu verlegen. Die Kommunen seien aber verpflichtet, das vorhandene Leerrohrnetz zu dokumentieren und diese Informationen allen Interessierten zur Verfügung zu stellen, wodurch zusätzliche Synergien unter den Betreibern entstünden. Sobald alle Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz vertraulicher Daten geklärt sind, wird die Entscheidung unter http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_N383_2009 zugänglich gemacht werden. Die im Lichte der Breitband-Leitlinien erfolgte Änderung einer ähnlich gelagerten Bundesregelung (vgl. *Brüssel Aktuell* 23/2008) wurde bereits Ende letzten Jahres ebenfalls genehmigt und wird unter http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_N368_2009 zu gegebener Zeit auch online einzusehen sein. (Do)

Düsseldorfer Student gewinnt Wettbewerb um EU-Bio-Logo: Mit seinem „Euro-Blatt“ konnte sich, wie am 8. Februar bekannt wurde, Dusan Milenkovic, Kommunikation/Design-Student an der Fachhochschule Düsseldorf, bei dem von der EU-Kommission ausgeschriebenen Wettbewerb für ein EU-Bio-Logo durchsetzen (vgl. *Brüssel Aktuell* 42/2009). Platz zwei ging an eine Studentin aus der Slowakei, Platz drei an Studenten aus Mainz, Rheinland-Pfalz. Insgesamt hatten fast 130.000 Personen an der Online-Abstimmung teilgenommen. Zur Erinnerung: Das neue EU-Bio-Logo ist ab dem 1. Juli 2010 für alle verpackten Bioprodukte, die in einem EU-Mitgliedstaat hergestellt worden sind, verbindlich vorgeschrieben. Fakultativ gilt es nur für eingeführte Produkte (d. h. Produkte aus Drittstaaten). Das EU-Bio-Logo kann unter http://ec.europa.eu/agriculture/organic/logo/index_de.htm eingesehen werden. (Ec)

Teamorientierter Poster-Wettbewerb „Zeichne mir ein Recht“: Unter diesem Motto veranstaltet die Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit der EU-Kommission anlässlich des 20. Jahrestages des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte der Kinder einen Poster-Wettbewerb. In Teams, die aus vier Jugendlichen im Alter von entweder 10-14 Jahren oder 15-18 Jahren und einem verantwortlichen Erwachsenen gebildet werden müssen, ist jeweils ein Poster im A2-Format anzufertigen. Dieses muss ein Recht illustrieren, das in dem UN-Übereinkommen über die Rechte der Kinder verankert ist, wobei der Fantasie dabei keine Grenzen gesetzt sind. In einem beizufügenden Anmeldeformular ist darzulegen, warum ein bestimmtes Recht für die Illustration des Posters ausgewählt wurde und welche Botschaft das Poster vermitteln soll. Die Auswahl der Gewinner erfolgt in zwei Runden. In einer ersten wählt eine Jury die nationalen Gewinner aus, die zu einer Preisverleihungsfeier in ihrer Hauptstadt während der Woche vom 10. April 2010 eingeladen werden. In einer zweiten Runde auf europäischer Ebene werden jene Werke, die auf nationaler Ebene mit Preisen ausgezeichnet werden, von einer Jury aus Vertretern der EU-Kommission und anderen Personen bewertet. Die drei Gewinnerteams jeder Alterskategorie, d. h. sechs Gruppen insgesamt, werden dann für eine Reise vom 8.-10. Mai 2010 zur Preisverleihung nach Brüssel eingeladen. Das Poster sowie alle sonst erforderlichen Unterlagen müssen bis spätestens Freitag, den **19. März 2010 (Eingang!)** an den nationalen Koordinator „Bürger Europas e. V.“ gesandt werden. Nähere Informationen über den Wettbewerb und die Teilnahmebedingungen sind unter http://www.europayouth.eu/index_de.htm erhältlich. (Ec)

Fünf Jahre Online-Schulpartnerschaften eTwinning: Vom 5. – 7. Februar wurde in Sevilla das fünfjährige Jubiläum der Online-Schulpartnerschaften (vgl. *Brüssel Aktuell* 04/2008) gefeiert. Mit eTwinning werden Schulkooperationen durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) gefördert. Außerdem können Schulen kürzer- oder längerfristige internationale Schulpartnerschaften für einzelne Unterrichtsfächer eingehen. Mittlerweile beteiligen sich über 85.000 Lehrer aus über 50.000 Schulen an grenzüberschreitenden Schulaktivitäten. Während der Veranstaltung wurden 37 Schulen aus 21 Ländern mit dem eTwinning-Preis für herausragende eTwinning-Projekte ausgezeichnet. Es nahmen Lehrer aus 32 europäischen Ländern sowie Vertreter nationaler und europäischer Einrichtungen teil. Die Preise wurden in drei Altersstufen (4-11, 12-15, 16-19 Jahre) verliehen sowie in vier thematischen Kategorien: „Spanisch“, „Französisch“, „Mathematik und Naturwissenschaften“ sowie „Kreativer Einsatz digitaler Medien“. Der Preis für die Gewinner in den Alterskategorien besteht in der Teilnahme an einem eTwinning Camp im April/Mai dieses Jahres. Die Sieger in den thematischen Kategorien werden mit schulischen Materialien und Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung belohnt. Unter <http://www.etwinning.net/de/pub/index.htm> gibt es weitere Informationen zum eTwinning. (Pr/AG)

Konsultation bezüglich Zugangsvorschriften zu Umweltzonen in Innenstädten: Die Generaldirektion Energie und Verkehr (DG TREN) der EU-Kommission führt im Rahmen des Aktionsplans für städtische Mobilität (vgl. *Brüssel Aktuell* 32/2009) eine Konsultation zu einer in Auftrag gegebenen Studie (vgl. Aktion 7 des Aktionsplans) durch. Gesammelt werden dabei Daten und Informationen zu den verschiedenen Zugangsvorschriften für unterschiedliche Arten von Umweltzonen in europäischen Kommunen. Um mehr Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie die verschiedenen Systeme in der Praxis funktionieren, sind Kommunen in einer ersten Phase zur Teilnahme an einer Konsultation noch **bis Ende Februar 2010** aufgerufen. Eine zweite Phase soll im Mai/Juni diesen Jahres folgen. An dieser können sich dann nur ausgewählte Akteure beteiligen, die ihre Ansichten zu bestmöglichen Maßnahmen zur Verbreitung von best-practice Beispielen darlegen sollen. Zur laufenden Konsultation gelangt man unter http://www.accessrestriction.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=42:newsflash-4&catid=3:newsflash. Es stehen drei Kategorien für die Konsultation zur Auswahl: Kommunen, die bereits Zugangsvorschriften erlassen haben, wählen „Sektion A“. Kommunen, die Zugangsvorschriften in der nahen Zukunft planen, wählen „Sektion B“. Schließlich gibt es „Sektion C“ für Kommunen, die weder Zugangsvorschriften erlassen, noch geplant haben. Derzeit ist nur die Sektion A zugänglich, die anderen Bereiche sollen noch freigeschaltet werden. Der Online-Fragebogen kann nur auf Englisch ausgefüllt werden, besteht jedoch größtenteils aus Multiple-Choice-Fragen oder bezieht sich auf technische Daten. (Pr/AG)